

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Burkard Dregger (CDU)

vom 29. Mai 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Juni 2019)

zum Thema:

Zusammenarbeit mit dem Berufsförderungsdienst der Bundeswehr

und **Antwort** vom 17. Juni 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Juni 2019)

Herrn Abgeordneten Burkard Dregger (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/19 781

vom 29. Mai 2019

über Zusammenarbeit mit dem Berufsförderungsdienst der Bundeswehr

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. In welchem Umfang findet zwischen dem Berufsförderungsdienst der Bundeswehr und dem Land Berlin eine Zusammenarbeit hinsichtlich der Gewinnung von Nachwuchskräften für den Berliner Landesdienst statt?

Zu 1.: Jährlich scheiden bis zu 14.000 Soldatinnen und Soldaten auf Zeit (SaZ) aus der Bundeswehr aus und suchen eine zivile Beschäftigung. Viele dieser SaZ sind dabei besonders an einer künftigen Beschäftigung im öffentlichen Dienst interessiert. Einmal im Jahr findet diesbezüglich die Job- und Fachmesse der Bundeswehr statt.

Die 5. Job- und Fachmesse der Bundeswehr fand am 23. Mai 2019 in der Julius-Leber-Kaserne statt. Die diesjährige Messe stand unter dem Thema „Karriere im öffentlichen Dienst und im Binnenarbeitsmarkt der Bundeswehr“. Das Land Berlin war erneut mit zahlreichen Ständen vertreten – unter anderen waren die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die Senatsverwaltung für Finanzen, das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, die Berliner Feuerwehr und Polizei sowie verschiedene Bezirksämter präsent. Neben der Teilnahme an den Informationsmessen der Bundeswehr besteht ein regelmäßiger direkter Austausch mit der Bundeswehr, um die Gewinnung von Nachwuchskräften zu optimieren.

Insbesondere die Verwaltungsakademie Berlin kooperiert - in ihrer Funktion als Vormerkstelle nach dem Soldatenversorgungsgesetz - mit dem Berufsförderungsdienst.

2. In welchem Umfang findet zwischen dem Berufsförderungsdienst der Bundeswehr und dem Land Berlin eine Zusammenarbeit hinsichtlich der Gewinnung von Nachwuchskräften speziell für die Polizei und die Feuerwehr statt?

Zu 2.: Die Polizei Berlin pflegt im Rahmen der Berufsinformation und Werbung bereits seit Jahren gute Kontakte zur Bundeswehr. Neben der regelmäßigen Teilnahme an den für die Berufswerbung und -beratung geeigneten Messen und Veranstaltungen der Bundeswehr (zum Beispiel der jährlichen Job- und Bildungsmesse des Berufsförderungsdienstes) gehört dazu auch die Veröffentlichung von Ausschreibungen von Ausbildungspositionen über die Stellenbörse des Berufsförderungsdienstes. Daneben bestehen gute Kontakte zu der Wehrdienstberatung der Bundeswehr, die im Rahmen der eigenen Beratungstätigkeit ggf. Interessierte an die Polizei Berlin verweist und über entsprechendes Informationsmaterial und Kontaktdaten der Polizei Berlin verfügt. Aktuell wird die erfolgreiche Kooperation auf die Spezialisten- und Fachkräftegewinnung der Polizei Berlin ausgeweitet.

Auch der für die Nachwuchsgewinnung zuständige Bereich der Berliner Feuerwehr steht im regelmäßigen Austausch mit dem Berufsförderungsdienst der Bundeswehr. Unter anderem werden dem Jobservice des Berufsförderungsdienstes Stellenausschreibungen übermittelt. Die Berliner Feuerwehr nimmt ebenfalls regelmäßig an den vom Berufsförderungsdienst organisierten Berufsinformationstagen für den öffentlichen Dienst teil, bei denen die in näherer Zukunft ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten über mögliche Anschlussverwendungen informiert werden.

3. Ist eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit dem Berufsförderungsdienst der Bundeswehr und dem Land Berlin beabsichtigt, um geeignete Nachwuchskräfte für den Berliner Landesdienst zu gewinnen? Wenn ja: wann und in welchem Umfang? Wenn nein: warum nicht?

Zu 3.: Nein. Die derzeitige Kooperation ist ausgezeichnet. Auch in Zukunft wird sich das Land Berlin aktiv als attraktiver Arbeitgeber auf den Job- und Fachmessen der Bundeswehr präsentieren.

4. Sieht der Senat in der Zusammenarbeit mit dem Berufsförderungsdienst der Bundeswehr einen geeigneten Weg, um insbesondere für die Polizei und die Feuerwehr geeignete Nachwuchskräfte zu gewinnen? Wenn ja: was unternimmt der Senat, um diese zu verfestigen und zu verstetigen? Wenn nein: warum nicht und welche Alternativen werden stattdessen gesehen?

Zu 4.: Die Zusammenarbeit mit dem Berufsförderungsdienst der Bundeswehr stellt ein geeignetes Mittel der Nachwuchsgewinnung für die Polizei und die Feuerwehr dar. Die im Rahmen der Nachwuchsgewinnung seit Jahren festzustellenden guten Erfahrungen bei der Kooperation mit der Bundeswehr belegen eine bereits eingetretene Verstetigung und Verfestigung der Zusammenarbeit. Gleichwohl werden weitere Möglichkeiten der Kooperation geprüft. Auf diese Weise ist im Jahr 2017 bei der Polizei Berlin ein Mentoring-Programm für eine zielgerichtete Personalrekrutierung im Bereich des Personenschutzes entstanden, um Soldatinnen und Soldaten mit Personenschutz Ausbildung zu gewinnen. Die Berliner Feuerwehr hat bereits im Jahr 2009 festgelegt, dass eine mindestens vierjährige Dienstzeit als Soldatin oder Soldat bei der Bundeswehr die berufliche Zulassungsvoraussetzung für den Vorbereitungsdienst im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst (abgeschlossene Berufsausbildung) erfüllt. Diese großzügige Auslegung hat zu einer Verstetigung beigetragen.

5. Welchen Zeitpunkt im Rahmen der Dienstzeit sieht der Senat als geeignet an, um im Rahmen einer Zusammenarbeit mit dem Berufsförderungsdienst der Bundeswehr mit den Soldaten in Kontakt zu treten und diese nachhaltig für den Berliner Landesdienst zu begeistern?

Zu 5.: Die Soldatinnen und Soldaten haben am Standort Berlin jederzeit die Möglichkeit, mit der Vormerkstelle Kontakt aufzunehmen und werden hier umfassend über Verwendungsmöglichkeiten im Land Berlin beraten. Einmal jährlich nimmt die Vormerkstelle an der Berufsmesse der Bundeswehr teil, um Soldatinnen und Soldaten für den Berliner Landesdienst zu begeistern.

Berlin, den 17. Juni 2019

In Vertretung

Frédéric Verrycken
Senatsverwaltung für Finanzen